

Bundesratswahlen und ihre grundsätzliche Bedeutung

Von 242 gültigen Stimmen hat der Nachfolger von Bundesrat Kurt Furgler, der Appenzell-Innerrhoder CVP-Mann Arnold Koller deren 180 erhalten. Dieses Resultat haben seit der Einführung der „Zauberformel“ im Jahre 1959 nur zwei Sozialdemokraten überbieten können, nämlich Pierre Graber 1969 mit 188 und Pierre Aubert 1977 mit 190 Stimmen. Flavio Cotti, als Tessiner Nachfolger von Bundesrat Alphons Egli, erhielt seinerseits 163 von 239 gültigen Stimmen. Schliesslich wurde am vergangenen Mittwoch Pierre Aubert zum Bundespräsidenten 1987 gewählt. Er, der in der Öffentlichkeit ständig und scharf kritisiert wird und auch im Parlament häufig gezielten Attacken ausgesetzt ist, erhielt 186 von 216 gültigen Stimmen, wurde also mit einem Glanzresultat an die Spitze der Exekutive gewählt. Was kann diesen arithmetischen Übungen entnommen werden? Dass sich das Parlament von einem teilweise hektischen Kampagnenjournalismus zugunsten und zulasten des einen oder anderen alternativen Namens glücklicherweise überhaupt nicht beeinflussen lässt. Die Mitglieder der beiden Räte sind Wahlbehörde und kommen damit ihrem Auftrag nach, für dessen Erfüllung sie selbstverständlich – wer denn sonst? - auch die Verantwortung tragen.

Es schadet nichts, sich in diesem Zusammenhang zu vergegenwärtigen, dass im übrigen Europa fast überall Regierungen sich aus einer Parlamentsmehrheit rekrutieren, die bei der Formierung der Regierungsmannschaft wesentlich weniger mitreden kann als die engen Führungszirkel der sie repräsentierenden Parteien; ganz zu schweigen vom Wähler, der darauf schon gar keinen Einfluss hat! Und noch etwas: es schadet auch nichts, dass die Regierungsmitglieder hierzulande sich jeweils auf eine Mehrheit des ganzen Parlamentes stützen können und von Vertretern aller politischen Schattierungen mitgewählt sind. Das bedeutet allerdings auch, dass sie nicht nur der Partei verpflichtet sind, der sie selber angehören. All das mögen an sich Selbstverständlichkeiten sein, doch müssen sie immer wieder bedacht werden, wenn wir uns über vollzogene Regierungswahlen unsere Gedanken machen. Daraus dürfte sich übrigens auch erklären, warum die Landesregierung in ihren Beschlüssen oft fortschrittlicher ist als die Mehrheit der eidgenössischen Kammern.

Was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land anbelangt, so erhoffen sie sich auf jeden Fall von der neu zusammengesetzten Regierung – über die Departementsverteilung soll der Bundesrat am kommenden 19. Dezember entscheiden - dass ihre Anliegen auch von jenen gebührend berücksichtigt werden, die sich in Zukunft vorrangig mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu befassen haben. Aller Voraussicht nach dürften das die beiden Neugewählten, beim Volkswirtschaftsdepartement jedoch allenfalls auch der heutige EMD-Chef, Bundesrat Delamuraz, sein.

Peter Graf

SMUV-Zeitung, 17.12.1986.

SMUV Schweiz > Bundesratswahlen. 17.12.1986.doc.